

Die Agenda 2030 als Referenzrahmen neuer zivilgesellschaftlicher Bündnisse

von Jens Martens

Seitdem die Agenda 2030 mit ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) im September 2015 verabschiedet wurde, entstanden in bislang mehr als 40 Ländern zivilgesellschaftliche SDG-Bündnisse. Manche haben zum Ziel, die Agenda und ihre SDGs in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Andere begannen, mit eigenen Projekten zur praktischen Umsetzung der SDGs beizutragen. Wieder andere konzentrieren sich darauf, die Politik ihrer Regierungen zu beobachten, Forderungskataloge zu formulieren und in Schattenberichten die Fort- bzw. Rückschritte und politischen Hindernisse bei der Umsetzung der SDGs zu analysieren.

Die Gruppen und Organisationen, die sich in diesen Bündnissen engagieren, sind dabei mit einer Reihe von Problemen und Dilemmata konfrontiert. Sie betreffen u.a.

die vordergründig paradoxe Situation, dass die Regierungen zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Vereinten Nationen größere Mitwirkungsmöglichkeiten einräumen, während viele von ihnen ihren Handlungsspielraum auf nationaler Ebene zunehmend einschränken. Zugleich besteht für viele Gruppen die Gefahr der Instrumentalisierung und finanziellen Abhängigkeit von den Regierungen sowie der Entpolitisierung bzw. Neutralisierung ihrer inhaltlichen Positionen.

Der Umsetzungsprozess der Agenda 2030 bietet für zivilgesellschaftliche Organisationen die Chance, sich mit diesen und weiteren Problemen (selbst-) kritisch zu befassen und über den eigenen Tellerrand hinaus neue sektorübergreifende Allianzen zu schmieden.

Weltweiter Boom von SDG-Initiativen

Die Mobilisierungswirkung der Agenda 2030 und ihrer Ziele ist bemerkenswert. Wie die UN-eigene SDG Action Campaign berichtet, haben sich allein am weltweiten Aktionstag für die SDGs am 25. September 2018 mehr als eine Million Menschen in 1.297 Städten in 160 Ländern mit 1.752 Aktionen beteiligt.¹

Immer mehr zivilgesellschaftliche Organisationen nutzen den Umsetzungsprozess der Agenda 2030, um von der kommunalen bis zur globalen Ebene neue Allianzen zu schmieden. Viele sehen einen Mehrwert in einem stärkeren interdisziplinären Austausch von Gruppen aus verschiedenen Arbeitsbereichen rund um die SDGs. Dazu zählen neben Umwelt- und Entwicklungsorganisationen auch Gewerkschaften, Sozialverbände, Friedensgruppen, Menschenrechtsorganisationen und wissenschaftli-

che Einrichtungen. Beispiele sind die globale Initiative Action for Sustainable Development, SDG Watch Europe, die Plattform Agenda 2030 in der Schweiz und das Bündnis kommunale Nachhaltigkeit Köln.

Entstanden sind einige dieser Initiativen bereits im Vorbereitungsprozess der SDGs. Das gilt z.B. für die brasilianische Civil Society Working Group for the 2030 Agenda, die 2014 gegründet wurde, oder die nigerianische Civil Society Coalition on Sustainable Development (CSCSD).

Manche Bündnisse haben einen klaren inhaltlichen Fokus und eine entsprechend themenorientierte Mitgliedschaft, beispielsweise die Disability Alliance on SDGs in Bangladesch. In anderen Ländern haben sich sektorübergreifende Koalitionen gebildet, die das gesamte Themenspektrum der Agenda 2030 auch in ihrer Mitgliedschaft abbilden. So hat die CSO Platform on SDGs in Ghana rund 150 Mitgliedsorganisationen, darunter lokale Gruppen, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, religi-

¹ <http://act4sdgs.org/>

öse Gruppen, Gewerkschaften und internationale NGOs. Sie arbeiten in 17 Untergruppen zu jedem der SDGs zusammen.

In einigen Ländern bildeten sich Arbeitsgruppen, um Beiträge zu den nationalen SDG-Berichten ihrer Regierungen zu erstellen oder eigene Schattenberichte (inzwischen gelegentlich nach dem Vorbild des entsprechenden internationalen Berichts als *Spotlight Report* bezeichnet) zu produzieren. Auch in Deutschland hat sich zu diesem Zweck ein informelles Bündnis mit wechselnder Zusammensetzung gebildet, das seit 2016 unter dem Obertitel „Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda“ einen jährlichen SDG-Schattenbericht veröffentlicht.² Herausgeber des Berichts 2018 waren das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, der Deutsche Bundesjugendring, der Deutsche Naturschutzring, das Forum Menschenrechte, das Forum Umwelt und Entwicklung, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, das Global Policy Forum, die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO).

Daneben koordinieren das Forum Umwelt und Entwicklung und VENRO ein informelles „Netzwerk Agenda 2030“, in dem Verbände aus verschiedenen Themenbereichen sporadisch kooperieren. Zu einer weitergehenden Institutionalisierung zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit im 2030-Prozess kam es auf Bundesebene bislang nicht.

In Österreich und in der Schweiz haben sich dagegen neue zivilgesellschaftliche Allianzen zur Agenda 2030 gebildet. In Österreich haben sich im September 2017 rund 130 Organisationen zu SDG Watch Austria zusammengeschlossen (<https://www.sdgwatch.at/de/>). Sie setzen sich gemeinsam für eine ambitionierte Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele in Österreich ein.

Ebenfalls im September 2017 gründete sich in der Schweiz die Plattform Agenda 2030 (<https://plattformagenda2030.ch/>). Sie ist ein Zusammenschluss von rund 40 zivilgesellschaftlichen Akteuren aus den Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit, Umweltschutz, Gender, Frieden, nachhaltiges Wirtschaften und Gewerkschaften, die gemeinsam zur Umsetzung der Agenda 2030 in und durch die Schweiz beitragen wollen. Bei der Schweizer Plattform Agenda 2030 handelt es sich um einen eigenständigen Verein mit Statuten, Vorstand und

eigenem Budget. Er ist damit eines der am weitesten institutionalisierten nationalen Bündnisse im 2030-Prozess.

Praktisch alle Zusammenschlüsse der Zivilgesellschaft, die sich im Zusammenhang mit der Agenda 2030 gebildet haben, verstehen sich als regierungsunabhängig und halten eine mehr oder weniger kritische Distanz zur offiziellen Politik. Zugleich haben sie aber das Ziel, die Politik ihrer Regierungen zu beeinflussen, und erwarten, am SDG-Umsetzungsprozess aktiv beteiligt zu werden. Zahlreiche Regierungen haben zivilgesellschaftliche Interessengruppen in die Erstellung ihrer freiwilligen nationalen Berichte (*Voluntary National Reviews, VNRs*) einbezogen, einige ihrer Vertreter/innen in die offizielle Delegation beim Hochrangigen Politischen Forum für nachhaltige Entwicklung (HLPF) aufgenommen und sie zum Teil auch an den Präsentationen der nationalen Berichte in New York beteiligt. Das war auch bei Ländern der Fall, in denen der Handlungsspielraum für zivilgesellschaftliche Aktivitäten traditionell gering ist oder in den letzten Jahren drastisch eingeschränkt wurde, wie z.B. der Türkei und Saudi Arabien.

Allein die Mitwirkung gewisser zivilgesellschaftlicher Organisationen in den nationalen SDG-Umsetzungsprozessen und die Bildung neuer Allianzen sagt somit noch nichts darüber, ob und in welcher Weise sie politikverändernd im Sinne des Transformationsanspruchs der Agenda 2030 (oder eher regimestabilisierend) wirken. Dies verweist auf einige grundsätzlichere Fragen und Dilemmata, mit denen zivilgesellschaftliche Organisationen im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 konfrontiert sind.

Probleme und Dilemmata

Trotz des Booms neuer Initiativen im Zusammenhang mit der Agenda 2030 sind die SDGs in weiten Teilen der Bevölkerung nach wie vor unbekannt. Laut einer repräsentativen Umfrage der Welthungerhilfe vom September 2018 sind die SDGs 93 Prozent der deutschen Bevölkerung entweder nicht bekannt (44 Prozent) oder sie haben davon nur dem Namen nach (49 Prozent) gehört. Lediglich sieben Prozent der Befragten gaben an, dass sie sich mit den SDGs „ganz gut auskennen“ würden.³

Im öffentlichen Diskurs spielt die Agenda 2030 bislang kaum eine Rolle. In vielen Ländern wird der

² www.2030report.de

³ www.welthungerhilfe.de/fileadmin/pictures/publications/de/studies-analysis/2018-umfrage-haltung-zur-entwicklungspolitik.pdf, S. 19

Diskurs derzeit eher beeinflusst von rechtsnationalen oder fundamentalreligiösen Bewegungen, von der Alt-Right-Bewegung in den USA bis zu neo-evangelikalen Sekten in Lateinamerika. In ihrem Dunstkreis haben in einer wachsenden Zahl von Staaten autoritäre Regime die Macht erlangt oder gefestigt. Häufig verfolgen sie einen nationalistischen, fremdenfeindlichen Kurs, der im diametralen Gegensatz zu den Zielen der Agenda 2030 steht.

Angesichts dieser widersprüchlichen Trends stellt sich für zivilgesellschaftliche Organisationen die grundsätzliche Frage nach der politischen Relevanz der Agenda 2030 und ihrer breiteren Mobilisierungswirkung. Daneben sind zivilgesellschaftliche Organisationen im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 mit einer Reihe weiterer Fragen konfrontiert, mit denen sie sich (selbst-)kritisch auseinandersetzen sollten:

1. Ist die Agenda 2030 ein relevanter politischer Referenzrahmen für zivilgesellschaftliches Handeln?

Angesichts der Themen, die die Schlagzeilen der Medien und die politischen Debatten bestimmen (von Brexit über Syrienkrise und internationale Handelskonflikte bis zur Migrationspolitik), scheint die realpolitische Relevanz der Agenda 2030 begrenzt zu sein. Gleiches gilt für die zuständigen Institutionen innerhalb des UN-Systems. In der Weltpolitik spielt die Musik weiterhin eher bei den Gipfeln der G20 und den Jahrestagungen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank als beim HLPF der UN.

Andererseits gewinnen die Themen und Ideen der Agenda 2030 in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durchaus an Bedeutung, auch in Deutschland. Beispielhaft zeigt sich dies an der öffentlichen Mobilisierung rund um den Braunkohletagebau am Hambacher Forst, der Großdemonstration unter dem Motto „Unteilbar (#unteilbar) – Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung“ im Oktober 2018 in Berlin, oder auch am Appell von Bundesaußenminister Heiko Maas vom August 2018, eine „Allianz für den Multilateralismus“ zu schaffen.⁴ All diese Aktivitäten kamen allerdings ohne explizite Verweise auf die Agenda 2030 und die SDGs aus.

Die Agenda 2030 hat dennoch das politische Potential, als Gegenmodell gegen nationale Borniertheit und als „Kompass“ (BMZ) für den notwendigen Wandel in allen Politikfeldern zu dienen. Bis-

lang wurde dieses Potential weder von der Politik noch von der Zivilgesellschaft ausgeschöpft. Zivilgesellschaftliche Gruppen sollten prüfen, auf welche Weise sie sich in den politischen Auseinandersetzungen über sozial-ökologische Transformationsprozesse systematischer auf die Agenda 2030 und ihre Nachhaltigkeitsziele als Referenzrahmen beziehen können.

2. Wie können zivilgesellschaftliche Organisationen dem Kohärenzanspruch der Agenda 2030 gerecht werden?

Die Umsetzung der Agenda 2030 erfordert von den Regierungen, Silodenken zu überwinden und kohärentes Agieren über Ressortgrenzen hinweg zu fördern. Die Agenda 2030 soll das gesamte Regierungshandeln prägen (und nicht nur das der Umwelt- und Entwicklungsministerien). Gefordert wird ein „*Whole of Government*“-Ansatz, um der Komplexität der Agenda 2030 und der Interdependenz ihrer Ziele gerecht zu werden.

Die Forderung, das Silodenken zu überwinden, lässt aber auch zivilgesellschaftliche Gruppen nicht unberührt, denn auch sie agieren meist in thematischen Silos; sie konzentrieren sich naturgemäß auf ihre jeweilige Domäne und organisieren sich traditionell in ihren thematischen Dachverbänden. Die Konsequenz aus dem Kohärenzgebot der Agenda 2030 darf nun selbstverständlich nicht lauten, dass sich künftig Alle um Alles kümmern müssen. Die Frage lautet vielmehr, wie zivilgesellschaftliche Organisationen einerseits den Erfordernissen nach fachlicher Spezialisierung und andererseits den eigenen Ansprüchen nach ganzheitlichen, sektorübergreifenden Perspektiven gerecht werden können. Wie könnte ein „*Whole of Civil Society*“-Ansatz aussehen? Wo sind die zivilgesellschaftlichen Orte zur kohärenten Begleitung der Agenda 2030 auf lokaler, nationaler und globaler Ebene?

3. Wie kann die Bekanntheit der Agenda 2030 gesteigert werden, ohne ihre Botschaften zu banalisieren?

Die Agenda 2030 ist von diplomatischem Jargon und abstrakten Begriffen wie „Nachhaltigkeit“ oder „Transformation“ geprägt, die einer breiteren Öffentlichkeit nur schwer vermittelbar sind. Zudem sind differenzierte Analysen, komplexe Zusammenhänge und die damit verbundenen politischen Forderungen, etwa nach neuen Schulden-tragfähigkeitskriterien oder innovativen Finanzierungsinstrumenten, zweifellos schwerer kommunizierbar als simple Aufrufe, den Armen zu helfen oder den Hunger in der Welt zu bekämpfen.

Um der breiteren Öffentlichkeitswirkung willen reduzieren daher zuweilen zivilgesellschaftliche

⁴ www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-allianz-multilateralisten/2129908

Akteure die politischen Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit oder der Verringerung ökonomischer Ungleichheiten, wie sie in der Agenda 2030 erhoben werden, zu karitativen Appellen und medienwirksamen aber inhaltsarmen Aktionen. So bauten beispielsweise im Januar 2015 Aktivist/innen der Kampagne action/2015 beim Weltwirtschaftsforum in Davos 193 Schneemänner mit Schals in den Landesfarben jedes UN-Mitgliedsstaates, zwischen denen Prominente wie Bill Gates, Richard Branson und Bono Selfies produzierten, um damit ein Zeichen gegen Armut und Klimawandel zu setzen (#snowmanselfie).⁵

Um der Faustregel „je flacher die Botschaft, desto breiter die Unterstützung“ entgegenzuwirken, brauchen zivilgesellschaftliche Organisationen freilich nicht auf die Unterstützung durch Prominente und Medien verzichten. Vielmehr sollten sie durch Informationsarbeit und Bewusstseinsbildung versuchen, den Grad an Informiertheit und politischem Problembewusstsein bei den Unterstützer/innen der SDGs zu erhöhen. Außerdem sind sie gefordert, in ihrer Arbeit gerade die strukturellen Aspekte und die politischen Rahmenbedingungen der SDG-Umsetzung zu adressieren.

4. Wie können sektorübergreifende Bündnisse zu den SDGs geschaffen werden, ohne dass sich ihre Botschaften wechselseitig neutralisieren?

Je breiter das Spektrum der Unterstützer/innen der SDGs, desto größer auch deren politische Differenzen. So werden beispielsweise Forderungen von Frauenorganisationen und feministischen Gruppen nach aktiver Bevölkerungspolitik und der Förderung reproduktiver Gesundheit (SDG 3 und 5) von manchen katholischen Gruppen abgelehnt. In Deutschland ist das Maß an inhaltlicher Übereinstimmung zwischen der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und den Umweltverbänden in Fragen der Klima- und Energiepolitik (SDGs 7 und 13) äußerst begrenzt.

Die Konsequenz daraus sollte aber nicht lauten, im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 auf Bündnisse derart ungleicher Partner grundsätzlich zu verzichten. Vielmehr sollten sich die Partner in einem relativ breiten und inhomogenen Bündnis nicht auf die Formulierung umfangreicher Konsenspapiere einlassen.

Stattdessen scheint es effektiver, dass sich die beteiligten Gruppen auf wenige aussagekräftige politische Kernbotschaften konzentrieren, die ihre gemeinsamen Ziele widerspiegeln.

5. Wie können zivilgesellschaftliche Organisationen die Finanzierung ihrer SDG-Aktivitäten sicherstellen, ohne in eine vollständige Abhängigkeit von öffentlichen Geldgebern zu geraten?

Zivilgesellschaftliche Akteure benötigen zur Verwirklichung ihrer Aufgaben Geld. Die Mittel bekommen sie von ihren eigenen Mitgliedern und Spendern, von öffentlichen Geldgebern und privaten Stiftungen. Da der „Spendenmarkt“ heftig umkämpft ist und die Mitgliederzahlen bei nichtstaatlichen Organisationen und Vereinen eher rückläufig sind, steigt der Finanzierungsbedarf über öffentliche Stellen und private Stiftungen. Damit steigt aber auch die Abhängigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen von diesen Geldgebern.

Da die Mittelvergabe naturgemäß zweckgebunden erfolgt, haben diese maßgeblichen Einfluss darauf, welche zivilgesellschaftlichen Aktivitäten im SDG-Umsetzungsprozess gefördert werden.

Um ihre Chancen auf die Bewilligung von Fördermitteln zu erhöhen, verzichten manche zivilgesellschaftliche Gruppen auf allzu harsche Regierungskritik und präsentieren sich eher als „Partner“ oder gar „implementing agencies“ der Regierungen.

Die öffentliche Finanzierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten ist zunächst grundsätzlich zu begrüßen. Es muss aus zivilgesellschaftlicher Sicht allerdings (selbst)kritisch geprüft werden, inwieweit öffentliche Stellen dadurch Einfluss auf die Programmik und Prioritätensetzung der geförderten Gruppen nehmen und diese Gefahr laufen, ihre politische Unabhängigkeit zu verlieren. Außerdem ist zu prüfen, ob es durch die Auflagen der staatlichen Financiers zu einer Verlagerung zu Projekten kommt, mit denen gegenüber den Geldgebern kurzfristige und quantitativ messbare Erfolge präsentiert werden können – auf Kosten von strukturellen Maßnahmen, für die ein „langer Atem“ erforderlich wäre.

6. Wie kann der Vereinnahmung zivilgesellschaftlicher Organisationen und einem „participation overkill“ entgegengewirkt werden?

Viele Regierungen und internationale Organisationen haben im Zusammenhang mit der Agenda 2030 neue Formen der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen entwickelt. Die verstärkte Einbindung der Zivilgesellschaft im Rahmen von Dialogveranstaltungen und ihre Beteiligung an den Regierungsberichten im Rahmen des HLPFs dienen u.a. dazu, die gesellschaftliche Unterstützung für die Agenda 2030 und ihre weltweite Umsetzung zu erhöhen. Sie haben aber sicherlich auch den Zweck, Regierungskritikern den Wind aus den Segeln zu

⁵ Vgl. www.project-everyone.org/case-studies/davos/

nehmen und die Legitimation staatlichen Handelns zu erhöhen.

Dabei besteht die Gefahr, dass unter dem Deckmäntelchen oberflächlicher Partizipation und Transparenz gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen strukturelle Demokratiedefizite verschleiert werden – etwa in Hinblick auf die geringen internationalen Gestaltungs- und Kontrollfunktionen der nationalen Parlamente.

Auch in Deutschland entstanden im Zusammenhang mit der Agenda 2030 neue Konsultationsprozesse und Dialogforen zwischen nichtstaatlichen Akteuren und Ministerien, etwa im Rahmen der Begleitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Dadurch erhöhte sich zwar die Taktzahl der Begegnungen zwischen Regierung und Zivilgesellschaft, ob dies jedoch zu einer substantiell stärkeren Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Positionen in der Politik der Bundesregierung geführt hat, ist ungewiss.

Skeptiker warnen bereits seit Jahren angesichts der boomenden Beteiligungsangebote für die Zivilgesellschaft auf deutscher, europäischer und globaler Ebene vor einem „participation overkill“. Sie befürchten, dass NGOs vor lauter Partizipieren ihre eigene Agenda aus dem Blick verlieren würden. Partizipation ohne klare politische Strategie und die vorherige Definition der eigenen Agenda kann jedoch schnell in blinden Aktionismus ausarten und fördert allenfalls die Illusion von Einfluss bei den Partizipierenden.

Die Chancen des SDG-Prozesses nutzen

Die genannten Fragen verweisen auf grundsätzliche Probleme, mit denen zivilgesellschaftliche Organisationen nicht erst seit der Verabschiedung der Agenda 2030 konfrontiert sind. Der Umsetzungsprozess der Agenda 2030 mit ihrem interdisziplinären Anspruch und die Dynamiken, die er bereits vielerorts ausgelöst hat, bieten aber nun neue Chancen, um sich mit diesen Fragen intensiv zu befassen.

Darüber hinaus bietet der Umsetzungsprozess der Agenda 2030 die Chance, zivilgesellschaftliche Kräfte zu bündeln, nicht zuletzt um dadurch reaktionären, nationalchauvinistischen Tendenzen zu begegnen.

Schließlich können zivilgesellschaftliche Organisationen in neuen Allianzen mit gutem Beispiel vorgehen und gegenüber der Politik unter Beweis stellen, dass interdisziplinäre Zusammenarbeit im Sinne des ganzheitlichen Ansatzes der Agenda 2030 möglich ist.

Bisherige Erfahrungen mit der Bildung zivilgesellschaftlicher Bündnisse und Netzwerke im SDG-Umsetzungsprozess zeigen allerdings, dass einige grundsätzliche Bedingungen erfüllt sein sollten, damit derartige Vorhaben Aussicht auf Erfolg haben. Eine pragmatische Checkliste für die Bildung zivilgesellschaftlicher SDG-Allianzen (oder auch von Allianzen für die sozial-ökologische Transformation) könnte – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die folgenden sechs Punkte umfassen:

1. Interdisziplinäre Beteiligung:

Ein wesentlicher Mehrwert der Agenda 2030 besteht in ihrem ganzheitlichen Ansatz, der nahezu alle Themenbereiche gesellschaftlicher Entwicklung umfasst. Um dem interdisziplinären Anspruch der Agenda 2030 gerecht zu werden, sollte ein entsprechendes zivilgesellschaftliches Bündnis diese Themenbreite im Spektrum der beteiligten Gruppen und Organisationen widerspiegeln. Dabei sollte auf bestehenden Kooperationen aufgebaut werden, um Parallelstrukturen zu vermeiden.

2. Unterstützung der Leitungsgremien:

Die interdisziplinäre Zusammenarbeit im SDG-Umsetzungsprozess kann nur dann politische Wirkung entfalten, wenn sie auch von den Spitzen der beteiligten Organisationen und Verbände unterstützt wird. Sie können nicht zuletzt auch für die notwendige (regierungsunabhängige) Finanzierung der Zusammenarbeit sorgen.

3. Gemeinsame Strategie:

Auch wenn es erfahrungsgemäß wenig ergiebig ist, dass breite gesellschaftliche Bündnisse detaillierte Konsenspapiere aushandeln, so ist eine Verständigung über gemeinsame Ziele unabdingbar. Ein Strategiepapier zur Zusammenarbeit im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 sollte zumindest den grundsätzlichen Zweck der Kooperation, ihre zeitliche Perspektive und die wesentlichen politischen Ziele definieren.

4. Mindestmaß an Institutionalisierung:

Um die Verbindlichkeit und Arbeitsfähigkeit der Kooperation auf längere Sicht zu gewährleisten, ist ein Mindestmaß an institutionellen Strukturen für eine neue SDG-Allianz unvermeidlich. Das muss nicht bedeuten, ein Zentralkomitee zu gründen oder sich in Geschäftsordnungsdebatten zu verzeteln. Ein zivilgesellschaftliches Bündnis sollte aber zumindest über transparente und partizipatorische Entscheidungsstrukturen verfügen.

5. Regelmäßige Treffpunkte:

Bislang gibt es kaum eigenständig organisierte zivilgesellschaftliche Orte, um die Themen der Agenda 2030 systematisch zu diskutieren. Gemeinsame Treffpunkte über Sektoren hinweg wären aber wichtig, um voneinander zu lernen, Strategien zu entwickeln und politische Differenzen zu erörtern. In der Vergangenheit erfüllten die Weltsozialforen und ihre regionalen und nationalen Pendanten zum Teil solche Funktionen, bewegten sich aber oft bewusst auf Distanz zur politischen Agenda der Vereinten Nationen. Wären im SDG-Prozess nicht selbstorganisierte „HLPFs der Zivilgesellschaft“ wünschenswert – und dies nicht nur auf globaler, sondern auch auf nationaler und lokaler Ebene?

6. Öffentlichkeitswirksame Aktionen/Produkte:

Ein interdisziplinäres Bündnis muss auch „nach außen“ gegenüber Politik und Öffentlichkeit sichtbar zu sein. Dazu sind medienwirksame Aktivitäten erforderlich. Ein Beispiel ist die Publikation gemeinsamer Schattenberichte zur Umsetzung der Agenda 2030. Sie sind nicht nur ein Instrument der Öffentlichkeitsarbeit und der zivilgesellschaftlichen Artikulation gegenüber Regierungen und UN, sondern bieten auch den Anlass für die (Weiter-)Entwicklung gemeinsamer Positionen und die Formulierung alternativer Politikkonzepte, wie sie zur Verwirklichung der Agenda 2030 und ihrer Ziele weiterhin dringend erforderlich sind.

Jens Martens ist Geschäftsführer des Global Policy Forums

Weiterführende Literatur



Jens Martens (2018):

Zivilgesellschaft und Agenda 2030

Neue Allianzen für die sozial-ökologische Transformation?

Bonn: Global Policy Forum

www.globalpolicy.org/publications/publications-in-german.html

Websites

Website der UN für Major Groups and other Stakeholders: <https://sustainabledevelopment.un.org/mgos>

Website des Global Policy Forums zur Agenda 2030 (deutsch): <https://www.2030agenda.de>

Global Policy Watch: <https://www.globalpolicywatch.org>

SDG Watch Europe: www.sdgwatcheurope.org

SDG Watch Österreich: www.sdgwatch.at/de

Schweizer Plattform Agenda 2030: <https://plattformagenda2030.ch>

Impressum

Die Agenda 2030 als Referenzrahmen neuer zivilgesellschaftlicher Bündnisse

Herausgeber

Global Policy Forum Europe e.V.

Königstraße 37a, 53115 Bonn

Tel. 0228 96 50 510

europe@globalpolicy.org

www.globalpolicy.org

Kontakt: Jens Martens

Autor: Jens Martens

Redaktion: Karolin Seitz

Gestaltung: www.kalinski.media

Bonn, Dezember 2018

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „2030.de“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global im Auftrag des BMZ.



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.